

# Der Traum vom Frieden und die derzeitige internationale Lage

---

**Prof. Dr. Joachim Krause**

*Universität Kiel, Institut für Sozialwissenschaften und Institut für Sicherheitspolitik (ISPK)*

*Eröffnungsvortrag bei der Night of the Profs, 21.11.2014*

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren

Als ich vor einem Jahr zum „Prof of the Night“ gewählt wurde, war mir bewusst, dass ich nicht umhinkommen werde, dieses Jahr erneut zu sprechen. Ich hatte im vergangenen Jahr ein Thema gewählt, welches gar nicht zu meinem Fach gehört – das Wacken Open Air Festival – und hatte mir für dieses Jahr vorgenommen, im Rahmen meines Fachgebiets – der internationalen Politik – zu bleiben. Damals hatte ich angepeilt die Jahre 1914 und 2014 zu vergleichen und zu fragen, was sich seither in der internationalen Politik geändert hat. Es sollte ein optimistischer Ausblick werden, der aufzeigen sollte, dass wir Europäer heute in einer grundsätzlich besseren Lage sind als vor 100 Jahren und dass ein Krieg unwahrscheinlich geworden ist. Leider sieht die Welt heute anders aus. Das Jahr 2014 ist das Jahr mit den größten internationalen Turbulenzen seit langem und ein Jahr, in dem immer wieder die Gefahr eines Großen Krieges oder auch kleinerer Kriege beschworen wird. Die Turbulenzen sind bei weitem nicht vorbei, sondern werden sich voraussichtlich noch weiter verschärfen. Eine militärische Eskalation in der Ukraine ist wahrscheinlich geworden und eine militärische Auseinandersetzung zwischen NATO und Russland im Baltikum kann nicht mehr ausgeschlossen werden. Und ob die EU in einigen Jahren noch dieselbe Institution ist, die wir heute kennen, lässt sich auch nicht garantieren. Zudem entwickelt sich die Lage im Mittleren Osten (das heißt vornehmlich in dem was von Syrien und dem Irak übrig geblieben ist) in einer Weise, die Albträume zur Realität hat werden lassen. Mit dem Islamischen Staat zeigt sich eine extreme Form der unbegrenzten, archaischen Gewalt. Was bedeutet das alles für den Frieden bei uns?

In den vergangenen 25 Jahren haben wir nicht nur vom Frieden geträumt, sondern ihn real erlebt. Genauer gesagt: Wir haben bei uns Frieden seit 65 Jahren, so lange wie die Bundesrepublik Deutschland besteht. Das ist die längste Periode ununterbrochenen Friedens für Deutschland und für Mitteleuropa seit Menschengedenken. Geht diese Periode ihrem Ende zu? Oder befinden wir uns in einer Zeit des Übergangs, die bald wieder in ruhigere Phasen

übergeht? Was kann die Wissenschaft von der Politik zur Beantwortung dieser Frage beitragen?

Der Beitrag der Politikwissenschaft zur Beantwortung dieser Frage liegt erst einmal darin, vor einfachen Antworten und vorschnellen Schuldzuweisungen zu warnen. Es gibt nichts Bequemereres als einen Schuldigen zu suchen, der alles verursacht hat und an dem man sich nur kräftig abarbeiten muss. Am Ende kommen dann meist Verschwörungstheorien heraus, die für alles Übel immer die gleichen Schuldigen identifizieren: mal ist es ein amerikanischer Geheimdienst, mal der MI5, mal der Mossad, mal der saudische Geheimdienst oder der BND, dann sind es „einflussreiche Kreise“, „der Westen“ als unpersönliche Großkategorie, oder gar die Freimaurer, das Großkapital, Rotarier, Trilaterale Kommission, Bilderberg-Konferenz, Davos-Forum, und was sich sonst noch alles auftreiben lässt.

Wenn man Wissenschaft im Sinne der Aufklärung betreiben will, dann sollte man sich vor derartigen Vereinfachungen hüten, die leider in der Öffentlichkeit und in der Zivilgesellschaft immer häufiger werden. Kaum eine Talkrunde über den Mittleren Osten, in der nicht Journalisten und Experten behaupten, dass „der Westen“ an allem schuld sei. Jedem ist klar, dass auch westliche Staaten Fehler im Mittleren Osten begangen haben. Aber wer die komplexen sozialen, demographischen, politischen, ökonomischen und religiösen Prozesse im Mittleren Osten auch nur einigermaßen kennt und sich mit den widersprüchlichen Dynamiken in der Region beschäftigt hat, der wird sich von solchen und anderen Schuldzuweisungen und Werturteilen fernhalten. Eine aufklärerisch angelegte Wissenschaft von der Politik hütet sich vor simplen Schuldzuweisungen. Sie bemüht sich vielmehr, vor dem Hintergrund einer seit drei Jahrhunderten mit großem Ernst und Sachverstand geführten theoretischen Debatte (an der einige der größten Philosophen und maßgeblichen Wissenschaftler mitgewirkt haben) nach den Faktoren zu fragen, die in der Vergangenheit entscheidend dafür waren, dass bei uns in Mitteleuropa so lange kein Krieg ausgebrochen ist.

Welche Lehren kann man aus der theoretischen Debatte ziehen? Diese Debatte lässt sich nicht auf wenige Aussagen oder Leitsätze reduzieren. Vielmehr muss man registrieren, dass es drei unterschiedliche Denkschulen gibt, die sich in der intellektuellen Auseinandersetzung mit dem Problem des zwischenstaatlichen Friedens seit dem 17. Jahrhundert herausgebildet haben. Jede dieser Denkschulen hat in den vergangenen vier Jahrhunderten unterschiedliche Begrifflichkeiten und Schwerpunkte entwickelt, aber alle bemühen sich darum, allgemeine Voraussetzungen dessen zu benennen, was die Basis für dauerhaften Frieden sein kann. Alle drei widersprechen sich nicht grundsätzlich, sie legen aber unterschiedliche Schwerpunkte.

Die erste bedeutende Denkschule – man nennt sie die institutionalistische – geht davon aus, dass Friede nur gesichert werden kann, wenn das Völkerrecht möglichst viele Dinge regelt (insbesondere den Gewaltverzicht zwischen den Staaten) und wenn es permanente internationale Gremien gibt, in denen die Staaten zusammenwirken, ihre Probleme durch Verhandlungen lösen und darüber hinaus bereit sind, sich gegen mögliche Friedensstörer gemeinsam zur Wehr zu setzen. Friede wird geschaffen durch Institutionen, das sind völkerrechtliche Verträge, Normen und Prinzipien sowie internationale Organisationen. Mit Hilfe von Institutionen soll es möglich werden eines Tages die zwischenstaatlichen Beziehungen genau so eng zu regeln wie die Beziehungen zwischen Individuen auf nationaler Ebene, sei es im bürgerlichen Geschäftswesen oder im Straßenverkehr. Mit Institutionen lässt sich die anarchische Struktur der internationalen Beziehungen abmildern – wo im Prinzip jeder Staat auf sich selbst zurückgeworfen ist und wo die Sicherheit des einen die Unsicherheit des anderen ist. Mit Institutionen lässt sich die Anarchie in eine geregelte Form transformieren, die Frieden herstellt. Diese Denkschule wurde schon im 17. Jahrhundert von Hugo Grotius begründet, vom Abbè de St.Pierre in Frankreich weiter entwickelt und von Immanuel Kant in seiner Schrift vom Ewigen Frieden herausgehoben. Wir finden sie heute wieder in der Politik aller westlichen Staaten, die die Bedeutung des Völkerrechts und internationaler Organisationen für den Frieden beteuern.

Die zweite Denkschule – man nennt sie die liberale Schule – ist nicht weit weg von der institutionalistischen Schule. Ihre Vertreter erkennen die Bedeutung von Regeln und Institutionen an, gehen aber davon aus, dass diese nur dann funktionieren, wenn die gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind. Diese gesellschaftlichen Voraussetzungen sind zum einen das Vorhandensein von funktionierenden demokratischen Institutionen. Demokratien haben institutionelle Hürden gegen Machtkonzentration und entwickeln somit eine Kultur des Verhandeln und der Kompromisse, die sich in außenpolitischer Friedfertigkeit niederschlägt. Zum anderen ist eine funktionierende Marktwirtschaft mit Mechanismen der Umverteilung und der sozialen Gerechtigkeit wichtig, um die innere Ruhe eines Staates herzustellen. Ansonsten könnte versucht werden, innere Ungleichheit und Ungerechtigkeit durch außenpolitisches Abenteuerertum zu stabilisieren. Zu den gesellschaftlichen Voraussetzungen des Friedens gehört auch die Existenz von Freihandel und die Garantie der Unversehrtheit und der freien Bewegung für alle Menschen unterschiedlicher Nationen und Staaten. Diese Denkschule geht auf Philosophen wie Montesquieu, Rousseau und Adam Smith zurück und wurde von Kant in sein Traktat zum ewigen Frieden einbezogen. Bei Hegel, Lorenz von Stein, Sozialre-

formern des 20. Jahrhunderts und modernen Sozialwissenschaftlern finden wir derartige Gedankengänge wieder.

Die dritte Denkschule – man nennt sie die realistische Schule – widerspricht den beiden vorangegangenen nicht grundsätzlich. Ihre Vertreter sind eher skeptisch gestimmt, ob internationale Regeln und Organisationen alleine ausreichen um Frieden zu schaffen. Sie erkennen zwar die Bedeutung gesellschaftlicher Voraussetzungen für den Frieden an, aber für sie gibt es keinen gesicherten Weg in Richtung friedlicher Gesellschaft, denn es sind immer wieder gesellschaftliche Entwicklungen möglich, die zu Krieg führen (etwa dann, wenn neue Mächte aufsteigen oder alte absteigen oder soziale Verwerfungen innerhalb eines großen Landes zu einer aggressiven Außenpolitik führen). Für diese Denker sind Machtbeziehungen eine wichtige Größenordnung, die nicht vernachlässigt werden darf, auch und gerade militärische Machtverhältnisse. Wer den Frieden haben will, muss die konkreten Machtrelationen zwischen den Staaten und deren Veränderungen im Blick behalten. Friede ist dauerhaft nur dann herstellbar, wenn die großen Mächte sich auf Regeln darüber einigen, wie der Friede zwischen ihnen gewahrt bleibt. Das bedeutet, ohne den Willen zum Frieden bei den großen Mächten, wird es keinen Frieden geben oder nur im Machtbereich jener Großmächte, die an Frieden interessiert sind. Der Wille zum Frieden drückt sich in der Bereitschaft zur Mäßigung in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus. Friede kann auch im Einflussbereich einer dominanten Großmacht hergestellt werden, wenn die davon betroffenen Staaten das akzeptieren, weil der dominante Staat ihnen die Möglichkeit einräumt diesen Frieden mitzugestalten (wohlmeinende Hegemonie). Diese Denktradition wurde begründet von Friedrich von Gentz, einem unabhängigen Autor und Lebemann des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts, der vor genau 200 Jahren als Generalsekretär des Wiener Kongresses maßgeblich an der Konzipierung einer Friedensregelung mitwirkte, die fast 50 Jahre wirksam war. Seine Gedanken wurden im 20. Jahrhundert durch den deutsch-amerikanischen Theologen und Philosophen Reinhold Niebuhr und den aus Deutschland ausgewanderten Politikwissenschaftler Henry Kissinger aufgegriffen und weiter entwickelt.

Wendet man sich der Frage zu, was in den vergangenen 65 Jahren, insbesondere in den vergangenen 25 Jahren, den Frieden bei uns gesichert hat, dann muss man zuerst auf die politischen, wissenschaftlichen und öffentlichen Debatten eingehen, die während des Zweiten Weltkrieges und danach zur Frage der dauerhaften Friedenssicherung geführt worden sind. In dieser Zeit setzte in Europa wie in Amerika eine Phase der Reflexion darüber ein, was in der Vergangenheit falsch gelaufen sei und wie man internationale und nationale Ordnungsmodelle entwerfen kann, die dauerhaft Frieden und Stabilität gewährleisten. Ausgangspunkt dafür

war die Tatsache, dass ohne die Machtergreifung der Nationalsozialisten der Zweite Weltkrieg hätte vermieden werden können und dass es darauf ankomme, die strukturellen Ursachen des Kollapses der internationalen Ordnung zu erfassen. Im Ergebnis kam ein politischer Ansatz heraus, bei dem praktisch alle Lehren aus der oben genannten theoretischen bzw. philosophischen Debatte zur Anwendung kamen und diese vor allem in ihrer Kombination Wirkung erzeugten.

Der Friede, der nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs geschaffen wurde, war ein hegemonialer Friede, ausgehend von den USA. Von dort kamen die wesentlichen Anregungen und von dort wurden die entscheidenden Schritte unternommen. Die Europäer wurden einbezogen und aufgefordert, selber am Frieden und an einer neuen politischen Ordnung mitzuwirken. Die neue Ordnung war hegemonial, aber sie diente den Interessen der europäischen Nationen, die für sich alleine genommen nicht die Kraft und den Willen hatten, einen eigenständigen neuen Anfang zu suchen. Schon während des Krieges bemühte sich Präsident Roosevelt darum, die Grundlagen für eine Wiederbelebung des internationalen Handels zu legen, indem ein Währungssystem aufgelegt wurde, dessen Funktionieren durch die USA (insbesondere deren Goldvorräte in Fort Knox) garantiert wurde. Zudem wurden Verhandlungen einberufen, die das Ziel verfolgen sollten, systematisch alle Zölle abzubauen. Zusammen mit der massiven Aufbauhilfe im Rahmen des Marshall-Plans (für den die hoch verschuldeten USA Gelder in einer Höhe zur Verfügung stellten, die etwa 7 % des jährlichen nationalen Bruttosozialprodukts entsprach), eröffnete diese Politik den Staaten Europas die Chance für einen raschen Wiederaufbau von Wirtschaft und Infrastruktur und legte die Grundlage dafür, dass die Europäer ihre eigenständigen Beiträge zur Lösung des Friedens entwickeln konnten: der eine Beitrag war der *Sozialstaat*, der in allen westeuropäischen Ländern in unterschiedlicher Weise eingeführt wurde. Ziel war es, jene Formen der gesellschaftlichen Ungleichheit abzumildern oder aufzuheben, die in der Vergangenheit zu politischem Extremismus und zu Nationalismus und Militarismus beigetragen hatten. Der zweite Beitrag war die *europäische Integration*, angetrieben vor allem durch französische Politiker mit Weitblick, wie Jean Monnet und Robert Schumann. Der dritte Beitrag war die *Schaffung funktionierender parlamentarischer Demokratien*. In den zwanziger und dreißiger Jahren waren fast alle parlamentarischen Demokratien Europas an konstitutionellen Unzulänglichkeiten gescheitert, dass sollte sich ändern. Diesen Auftrag hat in der Bundesrepublik der Parlamentarische Rat sehr ernst genommen,

Die Gründung der Vereinten Nationen war ebenfalls Teil des amerikanischen Plans zur Begründung einer Friedensordnung. Die Vereinten Nationen sollten den Rahmen für eine umfassende Kooperation aller Staaten der Welt abgeben und sie sollten die besondere Verantwor-

tung der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges für den internationalen Frieden herausstellen und somit die Sowjetunion einbinden. Letzteres sollte durch die Einführung eines Systems der kollektiven Sicherheit gewährleistet werden, welches zum einen den Gewaltverzicht fest-schrieb, andererseits aber dem Sicherheitsrat weitgehende Vollmachten (auch zum Einsatz militärischer Gewalt) gab, sofern es notwendig war, gegen Staaten vorzugehen, die den Gewaltverzicht missachteten.

Diese internationalen Ordnungsvorstellungen konnten wegen des Widerstands der Sowjetunion nicht vollständig umgesetzt werden, sondern nur in der westlichen Welt. Moskau behielt sich vor, seine eigene, sozialistische Welt zu schaffen.

In Westeuropa sowie in der weiteren westlichen Welt zeigten die amerikanischen und europäischen Bemühungen um eine politische Neuordnung erhebliche positive Wirkung. Die Erzfeinde Deutschland und Frankreich versöhnten sich, die Bundesrepublik wurde zum demokratischen Rechts- und Sozialstaat und zu einem Hort der Stabilität in Europa. Schon 20 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatten die Kombination aus Freihandel und europäischer Wirtschaftsintegration die politische Landschaft Westeuropas grundlegend verändert. Die Region, aus der die zwei schlimmsten Kriege der modernen Geschichte hervorgegangen waren, hatte sich in einem Maße verändert, dass ein Krieg zwischen den früher verfeindeten Nationen völlig undenkbar wurde. Die europäische Integration ist seither ein Beispiel für die Verrechtlichung der zwischenstaatlichen Beziehungen bis hin zur Schaffung übernationaler, gemeinsamer politischer Instanzen. Die Europäische Union entspricht ziemlich genau dem, was sich Immanuel Kant vor knapp 220 Jahren in seiner Schrift zum Ewigen Frieden als Föderation von Republiken vorgestellt hatte. Und sie hat zu Recht den Friedensnobelpreis erhalten.

An diesem Weg änderte auch der Ost-West-Konflikt nichts. Dieser Konflikt hatte von Anbeginn an eine militärische Dimension, da die Sowjetunion Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und den östlichen Teil Deutschlands mit Hilfe von Besatzungstruppen kontrollierte und diese Besatzungstruppen nach und nach zu Angriffstruppen umgewandelt wurden, deren Stoßrichtung eindeutig in Richtung Westen wies. Die ursprüngliche Reaktion der westlichen Staaten war es ein traditionelles Bündnis zu bilden – die NATO, Diese wandelte sich allerdings im Laufe der Jahre: Sie wurde zu einem Bündnis mit integrierten militärischen Stäben und Hauptquartieren und zeigte erstmals in der Geschichte Europas, dass die vielen Nationalstaaten ihre Verteidigungspolitik auch kollektiv angehen können, wobei jederzeit das Prinzip der Einstimmigkeit herrschte. Aus dem daraus resultierenden Dialog

unter demokratischen Staaten entstand eine Verteidigungspolitik, die Abschreckung vom Krieg in den Vordergrund stellte (und damit auf die Fähigkeit zur Invasion verzichtete) und – als das Instrument der nuklearen Abschreckung prekär geworden war, weil die Sowjetunion auch über diese verfügte – der östliche Seite Verhandlungen anbot über Rüstungskontrolle, Vermeidung eines Krieges aus Versehen und über die politische Beendigung des Konflikts. Aus diesem Dialog entstand eine mehr oder weniger offene Kooperation zwischen beiden Seiten, die im Kern darauf hinaus lief, dass alles unterlassen wurde, was zu einem Nuklearkrieg hätte führen können.

Der Ost-West-Konflikt war auch ein Systemkonflikt zwischen wissenschaftlichem Sozialismus und freiheitlichen Demokratien, den die sozialistische Seite eindeutig verlor. Ab Mitte der 80er Jahre war klar, dass die Sowjetunion nicht nur den Systemkonflikt verloren hatte, sondern sich durch ihre enormen militärischen Anstrengungen wirtschaftlich völlig übernommen hatte. Es war nur die Frage, ob die sowjetische Führung den Ausstieg aus dem Ost-West-Konflikt bewältigen kann, oder ob sie versucht das Sowjetreich mit aller Macht zusammenzuhalten. Wir können von Glück sagen, dass Michail Gorbatschow schließlich den Mut aufbrachte, gemeinsam mit den USA und den führenden westeuropäischen Staaten den Einstieg in den Ausstieg aus dem Konflikt zu wagen.

Die westlichen Staaten und die neutralen Staaten (sowie ganz besonders die demokratisch gewählten Regierungen der von der sowjetischen und kommunistischen Vorherrschaft befreiten Länder wie Ungarn, Polen, Tschechoslowakei) bemühten sich ab 1990 die Neuordnung Europas in einer Weise vorzunehmen, die an den Traditionen des Institutionalismus, des Liberalismus und auch des Realismus anknüpfte. Was in den Jahren zwischen 1990 und 1999 gemeinsam mit Russland und den früheren Warschauer Pakt Mitgliedstaaten beschlossen wurde, schaffte eine Sicherheitsordnung in ganz Europa, die den Frieden dauerhaft sichern sollte und die den erfolgreichen friedenspolitischen Ansatz der Europäischen Gemeinschaft auf ganz Europa ausdehnen sollte. Diese Ordnung hatte die folgenden grundlegenden Elemente:

1. Die Bekräftigung des Gewaltverzichts, verstärkt durch die Festlegung in der Charta von Paris, dass Grenzen nicht gewaltsam und nur im gegenseitigen Einvernehmen aller beteiligten Staaten verändert werden dürfen. Damit einher ging die Versicherung der territorialen Integrität aller Staaten.
2. Die Festlegung in der gemeinsamen Erklärung von NATO und Warschauer Pakt vom November 1990, wonach jeder Staat das Recht hat seine Bündniszugehörigkeit selber zu bestimmen und dass jeder Staat frei ist sein Gesellschaftssystem zu wählen.

3. Die Festlegung, wonach Streitkräfte nur noch zur Verteidigung da sein sollen und dass Streitkräftestärken einem Regime zu unterworfen sind, welches Nicht-Angriffsfähigkeit garantiert. Hierzu wurde der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa beschlossen, welcher sicherstellte, dass bestimmte Größenordnungen an Großgerät und Waffensystemen nicht überschritten werden und der die Reduzierungen der bestehenden Streitkräfte auf Obergrenzen verpflichtend machte.
4. Die Bekräftigung des Wunsches nach Demokratie und der strikten Einhaltung der Menschenrechte in allen Staaten Europas als wesentliche Voraussetzung für den Frieden. Dies wurde in der KSZE-Charta von Paris im November einvernehmlich festgelegt.
5. Die Festlegung der unbedingten territorialen Integrität der Ukraine und der Verzicht Russlands auf Maßnahmen der wirtschaftlichen Destabilisierung gegenüber der Ukraine im Tausch gegen die Aufgabe der ukrainischen Kernwaffen im Jahr 1996 (Protokoll von Budapest).
6. Die Abschaffung aller nuklearen Mittelstreckenraketen im INF-Vertrag, der einseitige Rückzug fast aller amerikanischer und substantieller Menge sowjetischer bzw. russischer Kernwaffen ab 1990 sowie die drastische Reduzierung der strategischen Angriffswaffen der USA und Russlands im Rahmen der START-Verträge.
7. Die Festlegung, wonach das System der Kollektiven Sicherheit der Vereinten Nationen wieder belebt werden sollte, erfolgt im Januar 1992 im Rahmen eines Gipfeltreffens des UN-Sicherheitsrates.
8. Die einseitigen bzw. verhandelten Verpflichtungen der NATO-Staaten, auch nach deren Erweiterung in Richtung Osten die vereinbarten Obergrenzen des Bündnisses an Großwaffensystemen und Mannschaftszahlen nicht zu überschreiten und der Verzicht auf die dauerhafte Stationierung substantieller Truppenkontingente in den neuen Mitgliedstaaten der NATO. Letzteres wurde 1997 in der NATO-Russland Grundsatzakte festgelegt, wobei erneut das Prinzip der territorialen Unversehrtheit aller Staaten bekräftigt wurde ebenso wie der Gewaltverzicht.

Zu der neuen Friedensordnung gehörte auch, dass die NATO fortbestand. Dafür gab und gibt es zwei Gründe: zum einen der Wunsch aller europäischer NATO Staaten (insbesondere der neuen Mitglieder), dass die USA als Sicherheitsgarant in Europa gegen ein Wiederaufleben der russischen Bedrohung erhalten bleiben, und, zweitens, dass die neuen Mitgliedstaaten gar nicht erst auf die Idee kommen, nationale Verteidigungspolitik zu betreiben, sondern diese



nur innerhalb der NATO. Damit sollte ein Rückfall in jene Zeiten verhindert werden, wo die Staaten Ostmitteleuropas ständigen Anlass für Irritationen gaben (vor allem wegen der vielen Grenz- und Minderheitenstreitigkeiten).

Diese europäische Friedensordnung hatte und hat den Zweck, die Herrschaft des Rechts vor der Herrschaft der Macht und der Gewalt zu sichern. Das ist seither im Großen und Ganzen gelungen – mit Ausnahme der Kriege im früheren Jugoslawien, wo all diese Prinzipien gebrochen wurden, nachdem der damalige serbische Präsident Milosevic mit brutalem Gewalteininsatz versucht hatte, aus dem Zusammenbruch Jugoslawiens für Serbien so viel Territorium herauszuschneiden wie möglich war (egal wer dort wohnte). Es dauerte viel zu lang, bis die Vereinten Nationen eingriffen, die wenig ausrichten konnten, weil der Sicherheitsrat angesichts der russischen Unterstützung für Serbien weitgehend gelähmt war. Erst das einseitige Vorgehen der NATO gegen Serbien (politisch und militärisch) nach dem erkennbaren Versagen des Systems der kollektiven Sicherheit hat den Frieden auf dem Balkan wieder hergestellt.

Ich schildere Ihnen die Grundlagen der europäischen Friedensordnung deshalb in dieser Breite, damit Sie die Dimensionen dessen besser verstehen können, um was es heute geht. Der Traum vom Frieden wird nicht von alleine zur Realität. Friede muss gestiftet werden, wie Immanuel Kant schon vor fast 220 Jahren festgestellt hat. Und die Stiftung des Friedens erfordert Anstrengungen auf einer Vielzahl von Gebieten. Der heutige Friede in Europa wird durch ein komplexes und historisch gewachsenes System gewährleistet, welches aus unterschiedlichen Institutionen, Regeln und Strukturen besteht. Dieses System funktioniert auch nur deshalb, weil dahinter die wirtschaftliche Macht der Europäischen Union steht und die militärische Macht der USA und einiger EU-Staaten. Das System ist aber auch verwundbar und anfällig für Störungen und es steht in Gefahr, infolge struktureller Veränderungen wirtschaftlicher, sozialer und politischer Natur zu erodieren. Sobald diese strukturellen Veränderungen da sind, bedarf es oft nur eines Ereignisses oder einer Krise, und es könnte kollabieren. Wir befinden uns derzeit an einem Punkt, wo wir so etwas nicht mehr ausschließen können.

Eine der wichtigsten strukturellen Entwicklungen, die mir Sorge macht, ist die Krise der Europäischen Union. Die EU hat sich selbst massiv und in strategisch möglicherweise entscheidender Weise geschwächt, indem sie den Euro in viel zu vielen Ländern eingeführt hat. Weder Griechenland noch Italien, Spanien und Portugal hätten der Eurozone beitreten dürfen und auch bei Frankreich fragt man sich, ob es reif dafür war. Den südeuropäischen Staaten ist – in

unterschiedlichem Grad – gemein, dass die dortigen Regierungen viel zu viel tun, um der heimischen Wirtschaft die notwendigen Anpassungen an die globalen Märkte zu ersparen (durch Subventionierung, Protektionismus und durch großzügige sozialstaatliche Leistungen) und sich am Ende wundern, dass die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft abnimmt und immer weniger Steuern eingenommen werden. Die Folge ist eine Staatsverschuldung, die kaum noch zu bändigen ist. Diese Problematik ist durch den Beitritt dieser Länder zur Eurozone extrem verschärft worden und hat sich in Form einer Krise entwickelt, die den Zusammenhalt der EU gefährdet. Meine Sorge ist weniger Griechenland, sondern Frankreich, dessen politische Klasse bestehend aus Sozialisten, Liberalen und Konservativen es nicht schafft, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes zu lösen. Frankreich ist neben Deutschland aber die zentrale Säule der Europäischen Union. Sollte 2017 in Frankreich die Europa-Gegnerin Marine Le Pen zur nächsten Präsidentin gewählt werden, und sollte in etwa zur gleichen Zeit eine Volksabstimmung in Großbritannien den Ausstieg aus der EU beschließen, dann kann es passieren, dass das Projekt der europäischen Integration scheitert oder auf ein Maß reduziert wird, welches die Friedensfördernde Wirkung der EU unwirksam werden lässt. Das sind heute leider keine Phantasien mehr, sondern reale Möglichkeiten. Hinzu kommt der immense Schaden, den die transatlantischen Beziehungen durch die Irak Krise von vor 11 Jahren und durch die NSA-Affäre genommen haben. Beide Krisen sind durch die beteiligten Regierungen auf beiden Seiten des Atlantiks in unzureichender Weise angegangen und durch die Medien in unverantwortlicher Weise emotionalisiert worden. Die transatlantischen Bindungen sind heute morsch geworden und damit ist ein wichtiges machtpolitisches Fundament des europäischen Friedens gefährdet. Hinzu kommt, dass auch die vorherrschende Rolle der USA in der Weltwirtschaft angesichts des Aufstiegs Chinas und anderer Mächte abgenommen hat.

Eine weitere strukturelle Ursache für die Gefährdung der europäischen Friedensordnung ist das Fehlschlagen der demokratischen Transformation in Russland und dem Raum der ehemaligen Sowjetunion. Russland ist keine Demokratie mehr, es ist eine *Petrokratie*, in der sich eine politische Führungsschicht bestehend aus Mitgliedern oder ehemaligen Mitgliedern des inneren und äußeren Sicherheitsapparates an den Schalthebeln der Macht hemmungslos aus den fossilen Exporterlösen und dem Abkassieren der heimischen Wirtschaft bereichert. Manche bezeichnen das als *Machtvertikale*, mit Vladimir Putin als „Zar“ an der Spitze, andere reden von einer *Kleptokratie*. Das Jahr 2012 ließ erkennen, dass diese Form der Herrschaftsausübung unter den Menschen in Russland auf Widerstand trifft, insbesondere nachdem Wahlfälschungen aufgedeckt worden waren. Seither ist Russland unter Putin auf dem Weg der Ausschaltung demokratischer Institutionen. Zur Strategie der Konsolidierung der Macht

nach Innen gehört offenbar auch die Anfachung des Konfliktes mit der Ukraine. Dieser Konflikt ist nicht entstanden, weil NATO oder EU Russland „eingekreist“ haben (ein Land von der Größe Russlands lässt sich ohnehin nicht einkreisen), sondern weil Putin außenpolitische Erfolge braucht, die er innenpolitisch für die Stabilisierung seiner Herrschaft nutzen kann. Für Putin ist die Wiederherstellung des russischen Imperialbestandes – d.h. die Wiedergewinnung der Herrschaft über den Raum der früheren Sowjetunion – ein zentraler Programmpunkt. Eigentlich wollte er die Ukraine friedlich eingemeinden, indem dieses Mitglied in der Eurasischen Wirtschaftsunion wird. Als dieser Schritt misslang, weil Bürger der Ukraine massenhaft dagegen demonstrierten, griff er zu militärischen Maßnahmen: die Annexion der Krim, das Anfachen und die militärische Unterstützung einer gewaltsamen Unabhängigkeitsbewegung in der Ostukraine und im August dieses Jahres, das mehr oder weniger offene Eingreifen russischer Panzerverbände, um die militärische Niederlage der mutmaßlichen Separatisten zu verhindern. Gegenwärtig steht die nächste Stufe der Eskalation an: die derzeitigen militärischen Vorbereitungen Russlands in der Region lassen erkennen, dass Putin plant, die Landbrücke zwischen dem Separatistengebiet im Donbass und der Krim zu erobern. Das Waffenstillstandsabkommen von Minsk ist Makulatur geworden.

Putins Politik hat in der Ukraine nicht nur massiv das Völkerrecht gebrochen, sondern auch alle Regeln, die ab 1990 zwischen Russland und dem Westen zur Festigung des Friedens vereinbart worden waren. Putin hat nicht nur Brücken hinter sich abgebrochen, sondern die Bühne für eine strategische Konfrontation eröffnet. Das hätte er nicht getan, wenn er die EU nicht als schwach und die transatlantischen Bindungen als belastet eingeschätzt hätte. Diese Einsicht ist in weiten Teilen unserer Öffentlichkeit und auch in der Politik noch nicht angekommen. Viele betrachten die Ukraine-Politik Russlands immer noch als Ausrutscher, als Versehen oder als Reaktion auf eine Provokation. Gerade die jüngsten Entwicklungen haben erkennen lassen, dass hier eine langfristig angelegte Strategie der Konfrontation zum Vorschein kommt. Auch die Bundeskanzlerin, die mit bemerkenswerter Geduld immer wieder den Gesprächsfaden mit Putin aufgenommen und die Hoffnung auf ein Ende der Konfrontation nicht aufgegeben hat, ließ nach dem letzten Treffen mit Putin in Sydney erkennen, dass sie den Ernst der Lage verstanden hat.

Das System des Friedens in Europa ist massiv gestört und es ist derzeit nicht absehbar, welche weiteren Folgen diese „Störung“ noch haben wird. Das Auswärtige Amt hat erst gerade eine Übersicht zusammengestellt, aus der hervorgeht mit welchen Methoden Putin derzeit versucht Beitrittskandidaten der EU abzuwerben (mit viel Geld und Versprechen auf billige Gas- und Öllieferungen) und auch Mitglieder der Union wie Tschechien, Ungarn, Bulgarien, aber auch

Österreich und Italien und aus dem Verbund herauszulocken, d.h. die Union aufzubrechen. Die Europäische Union und der von ihr vertretene Friedensansatz wird durch seine Politik existenziell herausgefordert. Es geht schon nicht mehr nur um die Ukraine, es geht um die europäische Union selber. Putins Parolen finden auffällig viel Resonanz bei Rechts- und Linkspopulisten, die sowieso schon immer gegen das angeblich überbürokratisierte und übermäßig geregelte Europa waren und die entdecken, wie groß die Gemeinsamkeiten zwischen ihrer Agenda und der von Putin sind. Beängstigend ist auch die Resonanz, die er an höchsten Stellen in Tschechien und Ungarn findet.

Putin handelt eigentlich aus einer Position der Schwäche heraus. Er kennt aber die Schwächen der Gegenseite – der Europäer und der NATO – und vermag mit großem Geschick diese zu seinen Gunsten auszuspielen. Diese Konkurrenz werden wir annehmen müssen, sonst geht das europäische Friedensprojekt seinem Ende zu. Es ist in erster Linie eine politische Konkurrenz, bei der es um die Herrschaft des Rechts geht – und da ist die EU nicht schlecht aufgestellt. Leider hat diese Konkurrenz auch schon eine militärische Dimension, wie wir in der Ukraine sehen – darauf sind wir Europäer so gut wie nicht vorbereitet. Die militärische Dimension könnte bald auch auf den Ostseeraum ausstrahlen. Im Oktober 2013 übten russische Streitkräfte nichts Geringeres als die Besetzung der baltischen Staaten. In der politischen Debatte wird heute viel über Gefahr eines großen Krieges geredet. Diese Gefahr sehe ich nicht, weil das Militarisierungsniveau Europas so gering ist. Aber kleine Kriege am Rande sind denkbar.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch zum Mittleren Osten kommen. Mit dem „Islamischen Staat haben wir den ersten Versuch der Staatsbildung durch eine terroristische Organisation. Wir sind erschrocken über die Brutalität und Bestialität des Islamischen Staates. Wir wissen nicht, ob das auf Dauer hält und wie sich die Lage dort entwickelt. Aber ohne die extreme Brutalität der syrischen Streitkräfte bei der Unterdrückung des ursprünglich friedlichen Aufstands der Bürger gegen das Regime von Bashir al-Assad hätten die gewalttätigen Krieger des Islamischen Staates niemals diese breite Wirkung entfalten können. Der Krieg in Syrien reflektiert allerdings auch nur eine strukturelle Krise, die den gesamten Nahen Osten umfasst. Seit Jahrzehnten entwickelt sich dort ein zunehmend größeres Missverhältnis zwischen dem hohen Geburtenzuwachs einerseits und dem Wachstum der Wirtschaft andererseits. Die Zahl der Menschen ohne Lebensperspektive wächst gewaltig, besonders junge Menschen sind davon betroffen. Daraus erwächst ein Gewaltpotenzial. Die notwendigen Strukturreformen der Wirtschaft scheitern in der Regel an der Unfähigkeit der dortigen Regierungen oder daran, dass innerhalb der arabischen Gesellschaften ein tiefer Bruch zwischen jenen besteht, die auf Modernisierung setzen und denen, die alle Probleme nur über eine stärkere Rolle des Islam in

Politik, Wirtschaft und Gesellschaft lösen wollen. In Ägypten haben wir im vergangenen Jahr erlebt, wie dieser Graben einen hoffnungsvollen demokratischen Neuanfang zerstören kann. In Syrien erleben wir, wie daraus ein Bürgerkrieg werden kann, der aufgrund der exzessiven Gewaltanwendung einen Sog entfaltet, der mehr und mehr Staaten der Region mit in den Abgrund zieht. Wir wissen nicht wie es dort weiter gehen wird und ich kann und will heute keine Prognose darüber abgeben, wie der syrische Bürgerkrieg und die anderen dortigen Konflikte sich auf den europäischen Traum vom Frieden auswirken werden. Aber ich befürchte, wir werden auch von dort Entwicklungen erleben, die unseren Traum vom Frieden erschüttern dürften.

Ich bedauere, dass ich Ihnen heute keinen optimistischeren Ausblick bieten konnte. Die Zeiten ändern sich sehr viel radikaler als die meisten Politiker und Kommentatoren einzuräumen bereit sind. Noch ist die Europäische Union eine Insel des Friedens und der Stabilität (wenngleich bereits mit einem Nord-Süd-Gefälle und einem Ost-West-Gefälle), aber dies kann sich ändern aufgrund von strukturellen Veränderungen bei uns selber und in unserem direkten und indirektem regionalen Umfeld.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.